

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. April 1986
am Donnerstag, dem 17. April 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bernrath (SPD)	55, 56	Dr. Müller (CDU/CSU)	65, 66
Berschkeit (SPD)	24, 25	Müntefering (SPD)	96
Bindig (SPD)	12, 13	Neumann (Bramsche) (SPD)	57, 58
Frau Blunck (SPD)	1	Paterna (SPD)	26, 27
Boroffka (CDU/CSU)	39, 40	Pfuhl (SPD)	11, 64
Brück (SPD)	16, 17	Pohlmann (CDU/CSU)	94, 95
Catenhusen (SPD)	37, 38	Rapp (Göppingen) (SPD)	77
Dörflinger (CDU/CSU)	41, 42	Reimann (SPD)	33, 34
Dr. Emmerlich (SPD)	78, 79	Dr. Rose (CDU/CSU)	43, 44
Dr. Enders (SPD)	9, 54	Schäfer (Offenburg) (SPD)	52, 53
Eylmann (CDU/CSU)	10	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	81, 82
Dr. Feldmann (FDP)	80	Schreiner (SPD)	59, 60
Fischer (Homburg) (SPD)	35, 36	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	14, 15
Funk (CDU/CSU)	91, 92	Senfft (DIE GRÜNEN)	75, 76
Gansel (SPD)	69, 70	Dr. Sperling (SPD)	31, 32
Frau Geiger (CDU/CSU)	87, 88	Dr. Spöri (SPD)	73, 74
Grünbeck (FDP)	67	Stahl (Kempen) (SPD)	28, 29
Hinsken (CDU/CSU)	83, 84	Steiner (SPD)	97, 98
Dr. Hirsch (FDP)	62, 63	Frau Steinhauer (SPD)	93
Dr. Hupka (CDU/CSU)	47, 48	Stiegler (SPD)	2, 68
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	49, 90	Ströbele (DIE GRÜNEN)	5, 6
Kretkowski (SPD)	22, 23	Toetemeyer (SPD)	3, 4
Lange (DIE GRÜNEN)	85, 86	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	7, 8
Liedtke (SPD)	20, 21	Weiß (CDU/CSU)	45, 46
Lowack (CDU/CSU)	19	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	61, 89
Magin (CDU/CSU)	30	Dr. Wernitz (SPD)	50, 51
Mann (DIE GRÜNEN)	71, 72	Zierer (CDU/CSU)	18

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	16

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

1. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD) Welche Maßnahmen wurden seitens der Bundesregierung ergriffen, um bereits in die Bundesrepublik Deutschland importierten italienischen Wein auf die Beimischung von Methanol zu überprüfen?
2. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Deutschen Caritasverbandes, daß für 1,3 Millionen Bundesbürger die Leistungen der Sozialhilfe nicht mehr die Aufwendungen für ein menschenwürdiges Leben decken, und welche Konsequenzen wird sie aus den Erfahrungen der Caritas ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

3. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Ist der Bundesregierung die Aussage von Herrn Hans-Erik Staby in der „Nationalversammlung“ Namibias bekannt, wonach die Bundesregierung bisher 80 Millionen DM für Namibia zur Verfügung gestellt habe?
4. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, eine detaillierte Aufschlüsselung dieses Betrages getrennt nach Haushaltsjahren und Zweckbestimmung darzulegen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN) Welche Verabredungen zur Zusammenarbeit und welche sonstigen Vereinbarungen hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeskanzler, Dr. Lorenz, als damaliger CDU-Landesvorsitzender in Berlin (West) Anfang der 70er Jahre mit Funktionären der NPD oder anderen rechtsradikalen Gruppen getroffen, und was wurde insbesondere bei dem Treffen im „Prälat“ in Berlin (Schöneberg) 1971 zwischen dem CDU-Vorsitzenden und NPD-Funktionären besprochen und vereinbart?
6. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN) Welche Bundesbehörden haben Anfang der 70er Jahre dem CDU-Politiker Lummer Reisen in den Libanon bezahlt, und welchen Einfluß haben Bundesbehörden auf die Gestaltung der Reise des Herrn Lummer und des Wuppertaler Geschäftsmannes Putsch im Frühjahr 1973 in den Libanon genommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

7. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen wegen Demonstrationen gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind?
8. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen die Staatsanwaltschaft München im Zusammenhang mit der Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage am 12. Oktober 1985 in München Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, und in wie vielen Fällen es zur Erhebung der Anklage oder zur Beantragung von Strafbefehlen gekommen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

9. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit den sogenannten „Haifischzähnen“ gemacht, die Geisterfahrer vor falschem Auffahren auf die Gegenfahrbahn der Bundesautobahnen warnen sollen, und gedenkt sie, die inzwischen meist abgenutzten Zeichen zu erneuern?
10. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Wann sind der Bundesregierung die für die niedersächsische Landesregierung zur A 26/B 73 erstellten Gutachten zugeleitet worden, lagen sie insbesondere rechtzeitig zu den Ausschlußberatungen vor?
11. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Welche Ergebnisse zeigt der vom Bundesministerium für Verkehr durchgeführte Modellversuch „Weniger Verkehrszeichen“ im Hinblick auf ländliche Gebiete?
12. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Welche Auswirkungen auf die Haltung der Bundesregierung zum Eisenbahn-Splügen-Projekt haben die neueren Entwicklungen in Italien, wo der Bau der Splügen-Transversale in den Generalverkehrsplan Italien aufgenommen worden ist, im Staatshaushalt für das Jahr 1986 für Durchführungsstudien 10 Milliarden Lire (ca. 17 Millionen DM) eingestellt worden sind und die italienischen Bahnen angewiesen worden sind, mit den Planungsarbeiten für die Splügen-Linie zu beginnen, und in der Schweiz, wo der Beschluß des Bundesrates, das Thema neue Alpentransversalen erst in den 90er Jahren zu behandeln, durch eine Abstimmung im Nationalrat am 17. Dezember 1985 aufgehoben worden ist mit dem Ziel, eine frühere Entscheidung über das Splügen-Projekt zu erreichen?

13. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Bedeutung des Baus einer weiteren Eisenbahn-Alpen-transversale, insbesondere für den Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien, bereit, sich innerhalb der EG und bilateral gegenüber der Schweiz und Italien aktiv für das Splügen-Projekt einzusetzen, oder ist ihre Haltung in der Splügen-Frage mehr durch passives Reagieren auf Entscheidungen in Italien und der Schweiz gekennzeichnet?
14. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Lagen der Bundesregierung während der Aufstellung oder bis zum Abschluß der Ausschußberatungen zum Bundesfernstraßenplan 1985 die für die Landesregierung Niedersachsen zur A 26 (B 73) gefertigten Gutachten bzw. gutachtlichen Stellungnahmen vollständig vor, insbesondere eine Variantenuntersuchung?
15. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Gab es zur Aufstellung bzw. Ausschußberatung zur A 26 (B 73) einen Schnellbrief der niedersächsischen Landesregierung anstelle von Gutachten bzw. gutachterlichen Stellungnahmen, und inwieweit wich dessen (oder bei mehreren Briefen) deren Inhalt von jenen ab?
16. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Was will die Bundesregierung tun, um die Zusage des Bundesministers für Verkehr aus dem Jahr 1985 einzuhalten, das Ausbesserungswerk der Deutschen Bundesbahn in Saarbrücken-Burbach werde nicht geschlossen, nachdem diese durch stetige Auftrags- und Personalreduzierung in diesem Werk selbst dafür sorgt, daß die Wirtschaftlichkeit gefährdet wird?
17. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Wie sind die tatsächlichen Pläne der Deutschen Bundesbahn für das Ausbesserungswerk in Saarbrücken-Burbach?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

18. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Angesichts des für viele bereits angebrochenen Kabelzeitalters stellt sich im Interesse gleicher Informationsmöglichkeiten aller Bundesbürger die Frage, wie viele Gebiete und damit welche Anzahl von Bürgern derzeit noch über einen unzureichenden Fernsehempfang der ersten bis dritten Programme verfügen?
19. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen kann bislang über das Btx-System der Deutschen Bundespost noch keine Information aus französischen Rechnern bezogen werden, und trifft es zu, daß bislang vor allem die äußerst unflexible Haltung bei der Poste Telephone Telegraphie (PTT) verantwortlich ist?

20. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Nach welchen Kriterien werden die Öffnungszeiten der Poststellen I und II festgelegt, und inwieweit wird dabei örtlichen Besonderheiten im Nachfrageverhalten der Kunden Rechnung getragen?
21. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Trifft es zu, daß Regelkassen und Regelwertzeichenbestände bei den Poststellen erheblich reduziert worden sind, so daß Kunden die gewünschte Dienstleistung nicht in Anspruch nehmen konnten, und wie hoch ist die Anzahl der Poststellen und Postämter, bei denen eine Entsorgung bereits an einzelnen Tagen vor Schalterluß erfolgt?
22. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Ist sichergestellt, daß langfristigen Rationalisierungskonzepten im Postwesen entsprechend vorausschauend angelegte Strategien im Sozialbereich gegenüberstehen?
23. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Ist davon auszugehen, daß im Bereich des Postwesens zu den derzeit geplanten und ihren personellen Auswirkungen bereits regionalisierten Rationalisierungsmaßnahmen der nächsten Jahre den jeweiligen Maßnahmen angepaßte Personalverwendungs- und Personalförderungskonzepte vorliegen?
24. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist geplant, unter frühzeitiger Beteiligung der Personalvertretung Personaleinsparungen bei den Postämtern mit Umschulungsmaßnahmen für den künftigen Einsatz dieser Kräfte bei Fernmeldeämtern zu begleiten?
25. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Inwieweit ist vorgesehen, mit der Festlegung des Rationalisierungskonzepts auch langfristig verbindliche Vereinbarungen für eine sozialverträgliche Personaleinsatzplanung abzuschließen?
26. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Wie viele Poststellen sind seit dem Inkrafttreten des Konzepts „Postversorgung auf dem Lande“ aus dem Jahr 1982 jährlich aufgehoben worden, und wie viele Poststellen sind mittelfristig noch in ihrem Bestand gefährdet?
27. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- In welchem Umfang sind seit 1982 Schalteröffnungszeiten in Poststellen I und II gekürzt worden, und wie hat sich diese Kürzung auf die Zahl der Kundenvorgänge ausgewirkt?
28. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, und hält sie es sozial- und familienpolitisch angemessen, daß Familien von Auszubildenden bei der Deutschen Bundespost dadurch der Anspruch auf Kindergeld für den Auszubildenden verlorengelht, daß der Auszubildende mit seinem Eintritt in das dritte Ausbildungsjahr die Einkommensgrenze

für die Zahlung von Kindergeld um genau 5 DM überschreitet; von dieser Regelung sind insbesondere Bezieher niedriger Einkommen mit mehreren Kindern finanziell stark betroffen, und wird die Bundesregierung diese Regelung ändern?

29. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie viele Auszubildende bei der Deutschen Bundespost und im Öffentlichen Dienst insgesamt bzw. Familien sind von dieser Regelung betroffen, und auf welche Höhe schätzt die Bundesregierung den durch diese Regelung eingesparten Betrag an Kindergeldzahlungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

30. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen, das Raumordnungsverfahren, in das die Prüfung der Verträglichkeit mit den überörtlichen raumbedeutsamen Belangen des Umweltschutzes einbezogen ist, im Raumordnungsgesetz rahmenrechtlich zu verankern?
31. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie groß sind die Flächen, die der Bund in den letzten drei Jahren durch Neubau, Ausbau und Umbau seiner Liegenschaften verbraucht hat?
32. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung, um den Flächenverbrauch im Rahmen seiner eigenen Bautätigkeit zu verringern?
33. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- In welcher Höhe wurden mit Bundesmitteln seit 1983 im Bundesgebiet insgesamt und in Rheinland-Pfalz im besonderen Baumaßnahmen durch ausländische Unternehmen durchgeführt, und in welchem Verhältnis stehen diese Aufträge zu den seit dieser Zeit an bundesdeutsche Unternehmen vergebenen Aufträge?
34. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe bisher getan, um die Weitergabe von Bauaufträgen an ausländische Unternehmen einer stärkeren Kontrolle zu unterziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

35. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Nach welchen Kriterien vergibt das Bundesministerium für Forschung und Technologie Förderungsaufträge aus dem Fachprogramm „Technische Kommunikation“?

36. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welche Firmen werden 1986 und 1987 aus dem Fachprogramm „Technische Kommunikation“ gefördert, und welche Firmen haben mit welcher Begründung einen ablehnenden Bescheid erhalten?
37. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Zu welchen Ergebnissen haben die von der Bundesregierung und der Europäischen Weltraum-Agentur ESA geführten Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung und der US-Weltraum-Behörde NASA zur europäischen Beteiligung an der geplanten Weltraumstation Kolumbus bisher geführt, insbesondere auf den Gebieten der Nutzung kommerzieller technologischer Ergebnisse des geplanten Kolumbus-Labors?
38. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die amerikanische Seite bisher verlangt, daß das europäische Forschungslabor nur angekoppelt an das US-Raumerschiff die Erde umkreisen darf und daß im europäischen Raumlabor US-Recht gelten soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

39. Abgeordneter
Boroffka
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß rund ein Viertel aller Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland über 27 Jahre alt ist?
40. Abgeordneter
Boroffka
(CDU/CSU)
- Hat die den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 70er Jahre gestellte Aufgabe einer Studienreform nach rund fünfzehnjährigem Bemühen bereits zu merklichen Verkürzungen der im Vergleich zu anderen Ländern überlangen Studiendauer an den deutschen Hochschulen geführt?
41. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Ist es nach Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes rechtlich möglich und zulässig, daß in der Schweiz abgelegte, von Schweizern oder sonstigen Ausländern absolvierte Prüfungen in der Bundesrepublik Deutschland als sachlich gleichwertig anerkannt werden und zum Erreichen der entsprechenden Zulassungen führen, während von Deutschen mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz die Wiederholung der Prüfung in der Bundesrepublik Deutschland verlangt wird?
42. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Ist der Status „Inländer“ an den Wohnsitz oder an die Staatsbürgerschaft gebunden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

43. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Erwartet die Bundesregierung nach der Entscheidung des höchsten mexikanischen Arbeitserichtes und der darauf erfolgten Streichung des deutschen Sprachunterrichts in den Zweigstellen des Goethe-Instituts in Mexiko-Stadt und in Guadalajara ähnliche Konsequenzen auch in anderen Ländern?
44. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung mit den durch die Streichung des Sprachunterrichts in Mexiko freiwerdenden Geldern?
45. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung der Artikel in der PAN 4/86, Zeitschrift für Kunst und Kultur, bekannt, in dem die bedrohlichen finanziellen Nöte des in seiner Art einzigartigen deutschen „Busch-Reisinger-Museum“ auf dem Campus der Harvard-Universität in Cambridge, Massachusetts, eindringlich dargestellt werden?
46. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Artikel, und welche Möglichkeiten sieht sie, dieses für die Darstellung deutscher Kunst, Kultur und Geschichte wichtige Museum in den Vereinigten Staaten von Amerika zu unterstützen?
47. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die heute zu uns kommenden Aussiedler nicht aus der polnischen Staatsangehörigkeit entlassen worden sind und die Entlassung aus dieser erst nach fünf Jahren unter hohen Kosten gewährt wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß dies so schnell wie möglich geändert wird?
48. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist bei den jüngsten deutsch-polnischen Gesprächen in Bonn auch die Pflege der deutschen Soldatengräber in der Volksrepublik Polen besprochen worden und bejahendenfalls bestehen Möglichkeiten, daß der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sich der Pflege dieser Gräber annimmt?
49. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Zusagen, Zusicherungen oder In-Aussicht-Stellungen hinsichtlich der Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen durch die Volksrepublik Polen gegenüber den unter polnischer Staatsgewalt lebenden Deutschen sowie gegenüber Vereinigungen, die von diesen Deutschen gebildet werden, deren Anerkennung die polnischen Behörden jedoch bisher ablehnen, hat der polnische Außenminister Orzechowski der Bundesregierung gegenüber bei seinem Besuch in Bonn abgegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

50. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Erwägt die Bundesregierung noch in dieser Wahlperiode die Vorlage eines Gesetzentwurfs über weitere Strukturverbesserungen für den einfachen Dienst, welche Maßnahmen kommen dabei nach ihrer Auffassung gegebenenfalls in Betracht?
51. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Wie steht die Bundesregierung heute zu dem Vorschlag der Fraktion der SPD (Drucksache 10/4238), die allgemeine Stellenzulage bis einschließlich Besoldungsgruppe A 7 als ersten Schritt in die Grundgehaltstabelle einzubauen?
52. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Inwieweit ist seit Wegfall des Essenzzuschusses ein Umsatzrückgang bei Kantinen der Bundesverwaltungen (einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost) festzustellen, und welche Kantinen mußten wegen eines Umsatzrückganges Preiserhöhungen vornehmen?
53. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Bleibt die Bundesregierung dabei, daß „die Wiedereinführung des Essenzzuschusses oder eine Ersatzmaßnahme . . . nicht erwogen“ werden, wie mir der Bundesminister des Innern auf meine schriftliche Frage 36 (Drucksache 10/2698) mitteilte?
54. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, die RASRO-Organisation (Rescue at Sea Resettlement Offivers) zu unterstützen, um mehr Aufnahmeplätze für die Wiederansiedlung von Flüchtlingen aus Indochina, die auf hoher See von Handelsschiffen gerettet wurden, in Drittländern bereitzustellen?
55. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, noch in dieser Wahlperiode eine weitere Härtergelung zu § 55 Beamtenversorgungsgesetz vorzulegen?
56. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) Wie steht die Bundesregierung heute zu dem Vorschlag, Artikel 2 § 2 Abs. 1 Satz 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes zu streichen oder auszusetzen?
57. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Wie lange benötigt die Bundesregierung noch, die Anfrage des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vom 28. März 1984 zu überprüfen, wonach die Bundesrepublik Deutschland Aufnahmeplätze im Rahmen des RASRO-Programms zur Übernahme geretteter vietnamesischer Bootsflüchtlinge bereitstellen möchte?
58. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Bezugnehmend auf eine Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten von Waldburg-Zeil wird die Bundesregierung um Auskunft gebeten, ob sie die Bitte um Aufnahmeplätze im Rahmen des

- RASRO-Programms des UNHCR bereits an die Bundesländer herangetragen hat, und welche Antwort hat sie von dort erhalten?
59. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Strebt die Bundesregierung ähnlich wie die Regierung Luxemburgs eine Rahmenvereinbarung mit der französischen Regierung bezüglich der vom Kernkraftwerk Cattenom ausgehenden Gefahrenpotentiale an, und welches sind gegebenenfalls die wesentlichen Regelungskomplexe?
60. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Inwieweit wichen nach Kenntnis der Bundesregierung die geplanten Werte für flüssige radioaktive Ableitungen des grenznahen französischen Kernkraftkomplexes Cattenom in die Mosel von der deutschen Genehmigungspraxis ab, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Belastung der deutschen Grenzbevölkerung so zu minimieren, wie es nach dem Stand der Technik möglich wäre?
61. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Einführung einer besonderen Prüfung bzw. einer besonderen Genehmigung für Halter oder Führer auf Menschen abgerichteter Hunde vorzusehen?
62. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der medizinischen Versorgung in den jeweiligen Bundesländern für Antragsteller auf Asyl in den Sammellagern, insbesondere im Hinblick darauf, daß die Kosten für Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen von den Antragstellern auf Asyl teilweise selbst bezahlt werden müssen?
63. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den regelmäßigen Schulbesuch und Ausbildungsmöglichkeiten von Kindern von Antragstellern auf Asyl in den Sammellagern vor?
64. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Entscheidung des Landgerichtes Düsseldorf bekannt, wonach die DIN-Plaketten an Zapfsäulen keinen einwandfreien Kraftstoff garantieren müssen, und gedenkt sie aus der Entscheidung gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen?
65. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung den Bericht einer schweizer Tageszeitung bestätigen, daß die bisher durch Demonstrationen gegen Kernkraftanlagen entstandenen Schäden durch Verzögerung des Bauablaufes und Beschädigungen von Einrichtungen einen Schaden von 100 Milliarden DM verursacht haben?
66. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wie wirken sich die Proteste gegen Kernkraftanlagen auf die Entwicklung der Strompreise aus?

67. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, in Anbetracht der dynamischen technologischen Entwicklung die Besoldungsstruktur für den technischen Dienst zu verbessern?
68. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie viele Einsatzkräfte des Bundesgrenzschutzes waren aus Anlaß der Ostermontagsdemonstration in Wackersdorf eingesetzt, und waren sie auch an der Verwendung von CN- und CS-Gas beteiligt?
69. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung aus humanitären Gründen bereit, für schiffbrüchige Flüchtlinge, die das Schiff „Cap Anamur II“ aus Seenot und Lebensgefahr an Bord genommen hat, 500 Aufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen?
70. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung zu diesem Zweck Abstimmungen mit den Ländern durchgeführt, und welche Länder sind bereit, sich an der Aufnahme von Flüchtlingen zu beteiligen?
71. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die im Vorfeld der Wackersdorfer Demonstration erfolgten Polizeieinsätze und polizeilichen Überwachungsmaßnahmen (Süddeutsche Zeitung vom 1. April 1986 und DER SPIEGEL vom 7. April 1986) insbesondere auf dem Anwesen des Bauern Fischer in Kölblsdorf geeignet sind, den Rechtsfrieden zu fördern?
72. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von CS-Gas bei der Demonstration am 31. März 1986 in Wackersdorf vor allem im Hinblick darauf, daß es sich um einen völkerrechtlich geächteten chemischen Kampfstoff handelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

73. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der CDU-Sozialausschüsse und des Bundesparteitags der CDU vom Frühjahr 1985 in Essen, daß eine Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und des Thesaurierungssatzes bei der Körperschaftsteuer abzulehnen ist?
74. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Trifft es zu, daß eine Linearisierung der Progressionszone des heutigen Tarifs 26,3 Milliarden DM und eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf 49 v. H. sogar 36,3 Milliarden DM kosten würde (vgl. Handelsblatt vom 21. März 1986 über eine Vorlage von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg für eine Klausursitzung der CDU/CSU-Steuerpolitiker), und wenn nein, wie lauten die richtigen Zahlen?

75. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Absichten der britischen Streitkräfte in Berlin (West), gepanzerte Mannschaftstransportwagen des Typs TM 170 von der Firma Thyssen auf Besatzungskosten zu beschaffen, und aus welchen Gründen sind Verhandlungen zwischen den britischen Streitkräften, dem Amt für Besatzungslasten und der Firma Thyssen inzwischen unterbrochen oder abgeschlossen worden?
76. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Berliner Abgeordnetenhaus geäußerte Auffassung, daß die Ausrüstung der britischen Streitkräfte mit gepanzerten Mannschaftstransportwagen des Typs TM 170 gegen die bisher gewährten Grundsätze der Bestimmungen der Haager Konvention und des Völkergewohnheitsrechts verstößt, nach denen die Alliierten für die Besoldung, Bewaffnung, Ausrüstung und Verpflegung ihrer Streitkräfte selbst aufzukommen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

77. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Wie hat sich seit 1982 die Zahl der Insolvenzen einerseits und die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen andererseits entwickelt, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen den beiden Zeitreihen (vgl. Drucksache 9/1949 Frage 37)?
78. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, die am SDI-Projekt beteiligten deutschen Unternehmen sowie Wirtschaftsverbände über ihre sich aus den SDI-Vereinbarungen ergebenden Rechte und Möglichkeiten zu informieren, und inwieweit beabsichtigt sie, diesen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden den Inhalt oder konkreten Text dieser Vereinbarungen zugänglich zu machen?
79. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Ist Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden schon jetzt der Inhalt oder Text dieser Vereinbarungen ganz oder teilweise zugänglich gemacht oder sonst mitgeteilt worden?
80. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Treffen die vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß nach der CSU-Vorstandssitzung vom Wochenanfang (7. April 1986) gemachten Äußerungen zu, daß er das Papier des SDI-Abkommens seit 14 Tagen kenne (Frankfurter Rundschau vom 8. April 1986), und wenn ja, wie verträgt sich das mit der Verpflichtung der Bundesregierung zur Geheimhaltung?
81. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung, daß die getroffene SDI-Vereinbarung mit dem Charakter eines Memorandums of understanding eine zukünftige Bundesregierung rechtlich nicht bindet?

82. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Wenn es sich bei der SDI-Vereinbarung mit den USA gemäß der Darstellung der Bundesminister Dr. Bangemann und Genscher um zivile Vereinbarungen handelt, warum wurde dann auf die Einbeziehung Berlin (West) in die Vereinbarung verzichtet und neben den getroffenen Regelungen für den allgemeinen Technologietransfer eine gesonderte Vereinbarung notwendig?
83. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, insbesondere die jüngsten Forderungen der FDP, das Wettbewerbsrecht über die geplanten Maßnahmen hinaus zu verschärfen, um die fortschreitende Konzentration im Einzelhandel aufhalten zu können?
84. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Auf welche Art und Weise glauben die Bundesregierung und der Bundesminister für Wirtschaft, dem Verdrängungswettbewerb durch die Lösung der Probleme der Verkäufe unter Einstandspreis sowie der Rabattspreizung und Mißbrauch der Nachfragemacht Einhalt gebieten zu können oder müssen?
85. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen den Äußerungen von Bundesminister Dr. Bangemann: „Es geht nicht um rüstungs- oder verteidigungspolitische Überlegungen, sondern um Forschung, sonst nichts“, und Bundesminister Genscher: „Es geht hier also nicht etwa um eine staatliche Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und schon gar nicht um den Einsatz öffentlicher Mittel und auch nicht um ein militärisches Abkommen“ einerseits und Staatssekretär Ost: „Es gibt einige Teile, die sich natürlich auf die militärische Forschung begrenzen“ andererseits?
86. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, wonach nach Darstellung des Bundesministers Dr. Bangemann es sich bei den Vereinbarungen zu SDI und zum allgemeinen Technologietransfer nicht um Geheimabkommen handelt, und es in der Pressemitteilung des US-Verteidigungsministeriums vom 27. März 1986 dagegen heißt: „Both agreements are classified.“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

87. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Gesundheitszustand des Gebirgswaldes drastisch verschlechtert hat und daß sich im Landkreis Garmisch-Partenkirchen nun 53 v. H. des gesamten Baumbestandes in Schadstufe 2 bis 4 (mittelstark bis abgestorben) befinden, daß

- 64 v. H. der Buchen und 79 v. H. der Tannen mittelstark geschädigt bis abgestorben sind, und wenn ja, welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung unternommen, um speziell dem Gebirgswald zu helfen?
88. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, daß der Gebirgswald im Falle eines weiteren Fortschreitens der Erkrankung in absehbarer Zeit seine Schutzwaldfunktion verlieren könnte und damit das Loisachtal, das Ammertal und das Isartal durch Lawinenabgang, Vermurung und Hochwassergefahr bedroht wären?
89. Abgeordneter
Dr. Weng (Gerlingen)
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die sogenannte Vermischungsregelung der Futtermittel-Verordnung nicht schon deshalb für bedenklich, weil einige der Pestizide, die als Rückstände in Futtermitteln und dann auch in Lebensmitteln auftauchen, im menschlichen Körper nicht abgebaut, sondern angereichert werden, so daß die Aufnahme auch kleinster Mengen vermieden werden müßte?
90. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Ausgleichsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Landwirte plant die Bundesregierung angesichts der schweren Nachteile, die als Folge der Aufwertung der DM gegenüber dem französischen Franc der deutschen Landwirtschaft allgemein und besonders den nach Frankreich exportierenden Bauern drohen?
91. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Getreide bei der BALM in der Bundesrepublik Deutschland eingelagert ist?
92. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Durch welche Maßnahmen kann die Bundesregierung bewirken, daß die Michfutterindustrie und die bäuerlichen Veredelungsbetriebe überschußgetreide alsbald kaufen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

93. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Geburten ab dem 1. Januar 1986 in zahlreichen Fällen offenbar in Unkenntnis Erklärungen abgegeben worden sind, daß dem Vater die Zeiten in der Rentenversicherung zugerechnet werden sollen, obwohl feststeht, daß sich diese Kindererziehungszeiten für den Vater wegen durchgehender Beschäftigung nicht auswirken werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Aufklärung der Betroffenen zu verbessern?

94. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die kostenlos vom Deutschen Gewerkschaftsbund verteilte Broschüre „88 Tips für Arbeitslose“, in der detaillierte Anweisungen gegeben werden, wie man mit „Tricks“ höhere Leistungen von der Bundesanstalt für Arbeit erlangen kann?
95. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitverantwortlichkeit des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr für diese Broschüre in Anbetracht der Tatsache, daß Herr Muhr auch stellvertretender Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

96. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, daß für Zeitsoldaten, die sich bisher auf sechs Jahre verpflichtet haben, eine Verlängerung auf acht oder mehr Jahre zunehmend erschwert wird, und ist sie bereit, zukünftig bei solchen Entscheidungen die besonders schwierige Situation der SaZ 6 zu berücksichtigen, die während ihrer Soldatenzeit weder Berufsförderungsmaßnahmen erfahren noch nach ihrer Dienstzeit Anspruch auf Arbeitslosengeld haben?
97. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie viele Stabsfeldwebel/Stabsbootsmänner wurden am 30. September 1985 und am 31. März 1986 nach Erreichen der besonderen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt?
98. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie viele der zu den obengenannten Terminen in den Ruhestand versetzten Stabsfeldwebel/Stabsbootsmänner erfüllten grundsätzlich die Voraussetzung zur Beförderung zum Oberstabsfeldwebel/Oberstabsbootsmann, konnten aber wegen Fehlens der Planstellen A 9 mA nicht mehr befördert werden?

Bonn, den 11. April 1986